

6. Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern (LJHA)

Protokoll

der 23. Sitzung des 6. LJHA am 05.11.2015

Ort: Kommunaler Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern
Landesjugendamt, Beratungsraum II. OG
Am Grünen Tal 19
19063 Schwerin

Beginn: 09.30 Uhr

Ende: 13:00 Uhr

Leitung: Herr Heibrock, Vorsitzender

Protokoll: Frau Siegert, KSV M-V, Landesjugendamt

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung der 23. Sitzung
3. Protokollkontrolle der 22. Sitzung
4. Beschluss der „Empfehlung zur Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen nach §§ 45.48a SGB VIII“
5. Erfahrungsaustausch zum Thema unbegleitete minderjährige Ausländer
6. Erarbeitung von jugendpolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2016
7. Arbeit der Unterausschüsse des LJHA
8. Berichte
9. Sonstiges
 - Tagesordnung/Themen der 24. Sitzung des 6. Landesjugendhilfeausschusses M-V am 10.12.2015 in Güstrow

Anwesenheit:

Die Anwesenheitsliste der 23. Sitzung wird als Anlage „Teilnehmerliste“ dem Protokoll beigefügt.

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses, Herr Heibrock, eröffnet die 23. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit des Landesjugendhilfeausschusses ist mit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern/Stellvertretern gegeben.

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist mit der Einladung zugegangen, diese wird einstimmig bestätigt.

Der Vorsitzende erinnert die Mitglieder an die Pflichtanmeldung sowie Anmeldefristen für die Sitzungen des LJHA, die an die Verwaltung des LJHA zurückgesandt werden sollen.

TOP 3 Protokollkontrolle der 22. Sitzung LJHA

Zum Protokoll der letzten Sitzung teilt Frau Lehm mit, dass sie nicht alles von ihr Gesagte im Protokoll wiedergegeben worden sei. Ihr seien Aussagen zugeschoben worden, die nicht von ihr gewesen seien. Sie wolle sich das Protokoll daher nochmals genauer ansehen. Herr Heibroock weist darauf hin, dass in den Sitzungen kein Wortprotokoll geschrieben wird und dass ausreichend Gelegenheit gab, konkrete Änderungswünsche zu benennen. Falls Änderungen aus Sicht der Mitglieder notwendig sind, können diese der Verwaltung des LJHA im Nachgang zur Protokollversendung zur Ergänzung eingereicht werden.

Das Protokoll der 22. Sitzung vom 10.09.2015 wird bestätigt.

TOP 4 Beschluss der „Empfehlung zur Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutz von Kinder und Jugendlichen nach §§ 45-48a SGB VIII“ (Frau Lehm)

Der Vorsitzende stellt den Werdegang des eingereichten Beschlusses vor. Nach der letzten Sitzung des LJHA wurden durch die AG einige Änderungen in die Empfehlung eingearbeitet.

Herr Deiters betont, dass die Beschlussvorlage keine Zustimmung seitens der kommunalen Ebene finden kann. Da die Empfehlung das Landesrecht definieren würde, was an dieser Stelle sich als rechtswidrig erweisen würde.

Herr Heibroock erklärt, dass es sich um eine Empfehlung des LJHA und nicht des Landes handelt. Es könne nur dann eine Empfehlung des Landes sein, wenn diese vom Sozialministerium mitgetragen und veröffentlicht werden würde.

Frau Kaiser teilt mit, dass die Empfehlung nicht verbindlich sei und in keine Zuständigkeiten eingreifen würde.

Herr Schmidt ergreift das Wort und erklärt, dass die erarbeitete Empfehlung für Verunsicherung vor Ort sorgen würde. Es gäbe andere Gremien, die sich mit KiFöG Fragen beschäftigen.

Frau Lehm weist darauf hin, dass es im KiFöG keine Definition zum Schutz der Kinder zu finden ist.

Herr Bley betont, dass bei der Erarbeitung der Empfehlung der gewollte Prozess der Beteiligung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nicht stattgefunden habe. Das Sozialministerium könne die Empfehlung nur mittragen, wenn diese auch von den örtlichen Trägern mitgetragen werde. Er spricht sich für eine Trennung der Thematik in das Themenfeld HzE und das Themenfeld Kita aus und regt an, dass die Mitglieder der AG sich in einer gemeinsamen Runde auf die Punkte aus den Themenfeldern einigen, bei denen sich beide Seiten auf Kompromisse einlassen könnten bzw. beide Seiten zu einer Zusammenarbeit bereit seien. Die von beiden Seiten zunächst abgeschichteten und dann gemeinsam bearbeiteten Fragestellungen könnten schließlich in eine Empfehlung einfließen. Bei der Erarbeitung einer Empfehlung des LJHA sollte Ziel sein, einen übergreifenden Konsens zu erzielen.

Frau Lehm erklärt, dass alle Beteiligten die Möglichkeit hatten, sich zur Beschlussvorlage zu äußern. Sie drückt ihren Unmut darüber aus, dass die kommunale Seite bei der AG zum Anfang dabei war, aber mitten im Jahr ausgestiegen ist. Sie betont, dass es wichtig sei, den Trägern fachliche Standards für ihre Arbeit an die Hand zu geben.

Der Vorsitzende greift den Vorschlag von Herrn Bley auf und weist darauf hin, dass für den Fall, dass der Beschlussvorlage nur einseitig zugestimmt werde, die Gefahr bestehe, dass die Empfehlung als fachpolitisches Papier bleibe und als bedeutungslos angesehen werden könnte.

Herr Deiters sieht die Möglichkeit einzelne Punkte im Papier gemeinsam durchzugehen.

Frau Theil erbittet eine kurze Pause für die Beratung der weiteren Vorgehensweise.

Nach einer 10-minütigen Pause, erklärt Frau Theil, den für heute beantragten Beschluss auf die Dezembersitzung des LJHA vertagen zu wollen. Bis dahin solle die kommunale Seite auf schriftlichem Wege die Punkte klarmachen, bei denen es für sie vorstellbar sei, für eine Empfehlung eine gemeinsame Position mit der Trägerseite zu erarbeiten.

Frau Lehm betont, dass die Beschlussvorlage nur zurückgestellt sei und nicht zurückgenommen werde.

Frau Kaiser erklärt, es sei ein Angebot zum gemeinsamen Gespräch in der Hoffnung, sich in der Problematik gemeinsam anzunähern.

Herr Schmidt gibt an, dass er die Thematik mit den Mitgliedern des Landkreistages M-V besprechen und ohne deren Rückmeldung nicht agieren wolle. Da er es vorziehe, die Problematik im Dialog mit den Mitgliedern persönlich zu besprechen, aber erst am 08.12.2015 die nächste Jugendamtsleitersitzung stattfinden wird, bittet er um Verständnis, dass es ihm nicht möglich sein wird, die Position der Landkreise noch vor der nächsten Sitzung des LJHA am 10.12.2015 zu verschriftlichen und in die AG einzubringen. Er bittet um Verständnis, dass er die Thematik nicht im schriftlichen Verfahren mit den Mitgliedern klären möchte.

Der Vorsitzende fasst wie folgt zusammen: Die kommunale Seite berät sich mit den Leitern der Jugendämter und teilt das Ergebnis der Arbeitsgruppe mit. Dies soll bis

15.12.2015 erfolgen. Über die Beschlussvorlage soll somit in der 1. Sitzung im Jahr 2016 abgestimmt werden.

TOP 5 Erfahrungsaustausch zum Thema „Unbegleitete minderjährige Ausländer“

Der Vorsitzende berichtet über eine Veranstaltung des Landesjugendringes „Ein gemeinsames Wochenende mit jugendlichen Ausländern“. Ein Bericht dazu ist auf der Internetseite des Landesjugendringes zu finden.

Herr Bley berichtet über die Situation der umA in M-V. Nach den Zahlen von Bundesverwaltungsamt (BVA) Berlin vom 04.11.2015 ist die Summe alle jugendhilferechtlichen Zuständigkeiten gesamt auf die Zahl 52.784 deutschlandweit gestiegen. Außerdem haben einige Bundesländer, die ihre Aufnahmepflicht entsprechend der Quote nach § 42c SGB VIII nicht erfüllen können, dieses entsprechend beim Bundesverwaltungsamt angezeigt. Darunter auch das Land Mecklenburg-Vorpommern. Hinzu berichtet Herr Bley, dass die Meldungen in der Testphase seitens der Landkreise sowie Städte an das Bundesverwaltungsamt sehr gut verlaufen sind.

Die Mitglieder bitten um Übersendung der vorgestellten Tabellen. Frau Siegert sendet diese in den nächsten Tagen den Mitgliedern zu.

Herr Bley berichtet über diverse Veranstaltungen zum Thema unbegleitete minderjährige Ausländer. Hierzu ergänzt er, dass sich die Verteilung der umA nach dem Königsteiner Schlüssel richtet. Aus dem jährlichen Betrag, den der Bund dem Land Mecklenburg-Vorpommern für unbegleitete minderjährige Ausländer zur Verfügung stellt, zahlt das Land an die örtlichen Träger der Jugendhilfe einen Betrag von insgesamt 655.000 € für die im Zusammenhang mit den umA anfallenden Verwaltungsaufgaben und an das LJA einen Betrag von 150.000 € für die Aufgabe der Landeszuweisungsstelle.

Frau Schlieker berichtet über die aufgenommene Arbeit der Landeszuweisungsstelle. Alle Informationen hierzu kann man in den nächsten Tagen auf der Internetseite des KSV entnehmen, solche wie Gesetzestexte, Prozessbeschreibung sowie häufig gestellte Fragen. Hinsichtlich der von Herrn Bley vorgestellten Listen weist sie darauf hin, dass diese möglicherweise nicht abschließend belastbar seien. Dies hänge damit zusammen, dass einzelne Bundesländer die Meldequote von 100 % noch nicht erzielt hätten und dass die Auslegung bezüglich der Meldedaten Altfall und Neufall problembehaftet sei.

Herr Fritz erfragt Informationen über die ersten Erfahrungen von Seiten der Träger mit umA.

Herr Schmidt berichtet, dass die örtlichen Träger mit der wachsenden Zahl der umA zu kämpfen haben, aber gut aufgestellt und darauf vorbereitet gewesen sind. Herr Schmidt bedankt sich an dieser Stelle beim BE-Team vom KSV für die schnelle Bearbeitung und gute Zusammenarbeit.

Frau Löhr berichtet, dass bei den meisten Jugendlichen kein Clearingverfahren durchgeführt wird, sodass diese krank (z. B. mit TBC) durch die Bundespolizei in die Einrichtungen eingeliefert werden.

Frau Schwertfeger berichtet über das Problem des Fachkräftemangels. Es sollte seitens der Politik über die Möglichkeiten des Einsatzes der Quereinsteiger oder der Lehrlinge im letzten Ausbildungsjahr nachgedacht werden.

Frau Lehm bestätigt das oben Gesagte ebenso für den Bereich Kita und schlägt auch den Einsatz der Lehrlinge im 3. Lehrjahr vor.

Die Mitglieder verweisen allgemein auf den Lehrermangel im Land. Frau Jäckel betont, dass das Problem bekannt ist, aber nicht so schnell zu lösen ist.

Frau Marg macht alle Mitglieder auf das mögliche Problem beim Einsatz der ehrenamtlichen Mitarbeiter in den Einrichtungen aufmerksam. Es solle darauf geachtet werden, dass diese ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen.

TOP 6 Erarbeitung von jugendpolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2016 (Herr Heibrock)

Herr Heibrock berichtet davon, dass der Landesjugendring einen jugendpolitischen Forderungskatalog zur Landtagswahl 2016 entwickelt hat. Zu Beginn der einzelnen Abschnitte wird eine mögliche Formulierung für eine Koalitionsvereinbarung gestellt, die dann weiter erläutert wird.

Themen sind die Jugendförderung, Teilhabe junger Menschen, Ausbildung und Beruf, Integration von Geflüchteten, usw.

Der Vorsitzende kann sich vorstellen, ein ähnliches Papier im Landesjugendhilfeausschuss zu entwickeln und bittet um Zuarbeit seitens der Mitglieder. So könnte ein Forderungskatalog des LJHA bei der übernächsten Sitzung vorgestellt und beschlossen werden.

Frau Löhr sagt dem o. g. im Namen der Mitglieder zu.

Herr Prüß wird das Thema mit den Mitgliedern des Unterausschusses 2 vorbereiten und an den Vorsitzenden weitergeben.

Herr Heibrock bittet alle Unterausschüsse, sich dem Thema anzunehmen und bis Mitte Januar die Zuarbeit zu leisten, damit das Papier in der Februarsitzung vorgestellt und beschlossen werden kann.

TOP 7 Arbeit der Unterausschüsse des LJHA

Herr Heibrock berichtet, dass sich zu diesem Thema bereits mehrere Gremien befasst haben. Der Bericht des Landesrechnungshofes hat den nicht auskömmlichen Haushalt nicht bestätigen können. Der Sozialausschuss der SPD sieht den KSV in der Pflicht die Arbeit der Unterausschüsse zu unterstützen. Daher müssen die Fahrkosten der Mitglie-

der durch den KSV erstattet werden. Die Unterausschüsse sollen ihre Arbeit fortführen, wenn der KSV die Fahrkosten nicht begleichen sollte, soll hier ein Rechtsweg gewählt werden.

Frau Lehm betont, dass es seit dem Beschluss der Verbandsversammlung der KSV keine Beteiligung der Mitarbeiter der Jugendämter gewährleistet ist, da denen entsprechende Dienstreiseanträge nicht genehmigt würden.

Herr Heibrock weist darauf hin, dass die Verbandsversammlung ihren Beschluss nicht zurückgenommen hat. Daher sei Geduld erforderlich.

Frau Löhr betont, dass die UA auf die Unterstützung der Verwaltung des LJA angewiesen seien. Herr Bley stimmt dem zu, die Einladungen müssen durch das Landesjugendamt verschickt werden.

Herr Heibrock wird das Gespräch mit Herrn Rabe und Frau Syrbe, der Vorsitzenden der Verbandsversammlung des KSV M-V suchen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Arbeit der Unterausschüsse im Rahmen des ihnen vom LJHA gegebenen Arbeitsauftrages durch die gesetzlichen Regelungen abgesichert ist.

Frau Löhr bittet Frau Siegert um Zusendung der blanko Fahrtkostenliste.

Herr Heibrock teilt mit, dass der Unterausschuss 2 getagt hat, die Ergebnisse der Sitzung werden in der nächsten LJHA Sitzung vorgestellt.

Top 8 Berichte

Herr Fritz bittet bei Herrn Bley um Informationen über die Auflösung eines Referats beim Sozialministerium. Herr Bley verweist auf die Drucksache 6/4604 vom 27.10.2015. Die Aufgaben des Bereiches: Jugendarbeit sowie Schulsozialarbeit wurden auf andere Referate verteilt (siehe neuen Geschäftsverteilungsplan des SM). Der Geschäftsverteilungsplan wird den Mitgliedern per E-Mail zugesandt.

Frau Lehm berichtet über ein Schreiben zum Thema „Integrative Betreuung“ von einem Landkreis und erläutert den Inhalt. Nach einer Diskussion der Mitglieder besteht Einigkeit darüber, dass die Thematik auf die Agenda der örtlichen Jugendhilfeausschüsse sowie des Unterausschuss Kita gehöre.

Herr Heibrock berichtet über die Landtagsanhörung am 07.10.2015. Der Vorsitzende trug seine Stellungnahme zum Thema „Die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Mecklenburg-Vorpommern unter dem Blickwinkel des Haushaltsentwurfs der Landesregierung für die Jahre 2016 und 2017“ vor. Das Protokoll hierzu beträgt 155 Seiten und kann im Internet nachgelesen werden.

Herr Bley weist informativ auf eine Drucksache 6/4600 vom 08.10.15 zur Strategie der Landesregierung zur Umsetzung der Inklusion im Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2020.

TOP 9 **Sonstiges**

Herr Heibrock gibt die voraussichtlichen Tagesordnungspunkte für die nächste Sitzung des LJHA am 10.12.2015 in Güstrow bekannt:

- Bericht des UA Kita
- Plan für die Arbeit des LJHA für das Jahr 2016
- Zwischenstand zum TOP 4

Für das Protokoll

Für die Richtigkeit

Ina Siegert
Landesjugendamt M-V

Friedhelm Heibrock
Vorsitzender des 6. LJHA

Anlage:
Teilnehmerliste

